



Dies ist eine Leseprobe von Klett-Cotta. Dieses Buch und unser gesamtes Programm finden Sie unter www.klett-cotta.de

ANNE RABE

DAS
M
WORT

Gegen die
Verachtung
der Moral

KLETT-COTTA

Klett-Cotta

www.klett-cotta.de

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH

Rotebühlstraße 77, 70178 Stuttgart

Fragen zur Produktsicherheit: produktsicherheit@klett-cotta.de

© 2025 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH,
gegr. 1659, Stuttgart

Alle Rechte inklusive der Nutzung des Werkes für Text und
Data Mining i. S. v. § 44 b UrhG vorbehalten

Cover: Rothfos & Gabler, Hamburg

Gesetzt von C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Gedruckt und gebunden von CPI – Clausen & Bosse, Leck

ISBN 978-3-608-96693-0

E-Book ISBN 978-3-608-12472-9

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Für Hedda, Ingmar, Mika und Martha

Inhalt

Vorbemerkung	11
Anfangen	17
Eins	23
Zwei	45
Drei	59
Vier	73
Fünf	107
Sechs	141
Sieben	167
Weitermachen	193
Dank	203
Zitatnachweis	205
Auswahlbibliografie	207
Anmerkungen	209

Was einmal gedacht ward, kann unterdrückt, vergessen werden, verwehen. Aber es läßt sich nicht ausreden, daß etwas davon überlebt.

Theodor W. Adorno, »Resignation«, 1973

Vorbemerkung

Wir wissen ja alle nicht, wo das enden wird.

Das ist ein Satz, der mir in politischen Diskussionen der letzten Wochen und Monate häufig begegnet. In ihm schwingen die Angst vor dem, was noch kommen könnte, genauso mit, wie die Hoffnung, dass es vielleicht nicht so schlimm kommen wird, wie befürchtet. Manchmal vernehme ich jedoch auch einen Zynismus, der seine Untätigkeit, seinen Rückzug ins Private damit zu begründen versucht, dass man ohnehin ausgeschlossen sei, von den Entscheidungen, die gerade die Welt verändern; oder auch, dass als Tatsache postuliert wird, was in demokratischen Gesellschaften keine Tatsache ist, sondern der Veränderbarkeit obliegt – der Zeitgeist hat sich schlicht gedreht. Die Gesellschaft ist politisch nach rechts gerückt. Das sehen wir im Wahlverhalten, das höre ich aber auch von meinen Kindern, die Teenager sind und davon erzählen, dass Queerfeindlichkeit, konservative Familienbilder, Islamfeindlichkeit und die Verteidigung von Privilegien gegen Minderheiten ganz selbstverständlich auch in ihrem Umfeld wieder präsent sind.

Die Leute hätten auf dieses oder jenes keine Lust

mehr, heißt es auch. *Die Leute* wollten sich eben nicht mehr alles vorschreiben lassen. Die Welt sei nun einmal nicht *Bullerbü*. Es ist natürlich kein Zufall, dass ausgerechnet dieses Buch von Astrid Lindgren als Gegenentwurf zu dem behaupteten Realismus herangezogen wird, wenn es etwa darum geht, moderne Verkehrskonzepte abzulehnen, deren Zentrum nicht länger das Auto sein soll. »Ich mach mir die Welt, wiedewiedewie sie mir gefällt«, schwingt als Vorwurf der selbsternannten Realapostel mit, das Leitmotiv, der wohl berühmtesten Lindgren-Figur, Pippi Langstrumpf.

Wer jedoch einmal im echten Bullerbü, Sevedstorp, dem kleinen Dreihäuserdorf in der schwedischen Provinz Småland war, weiß, dass dieser Ort für jeglichen politischen Vergleich ungeeignet ist. Bei aller Lust an der Zuspitzung, das Bild ist schief, wenn man seinem politischen Gegner unterstellt, er wolle die Welt irr-sinnigerweise zu Bullerbü machen. Drei rote Häuser irgendwo im schwedischen Nirgendwo stehen für gar nichts. In dem Bullerbü-Bild geht es in Wirklichkeit um etwas anderes. Es geht darum, dem politischen Gegner einen Realitätsverlust zu unterstellen und gesellschaftliche Verhältnisse als unverrückbare Parameter zu definieren. So ist sie nun einmal, diese Welt, findet euch damit ab. *Die Leute* wollen das so.

Die Romanwelt Astrid Lindgrens ist voller kindlicher Figuren, die in eine unwägbare Welt geworfen sind, in der sie nicht selten von den Erwachsenen allein gelassen werden. Auch ihrer berühmten Roman-

heldin Pippi geht es so. Ihre Mutter ist gestorben, der Vater vergnügt sich in der Südsee, während Pippi mit einem Koffer voller Gold auf sich allein gestellt ist. Ihre körperliche Stärke ist nicht nur eine Superkraft, sie ist eine Notwendigkeit. Sich die Welt so zu machen, wie sie ihr gefällt, ist keine Realitätsverweigerung, es ist ein überlebenswichtiges Mantra. Pippi erschafft sich eine Wirklichkeit, in der weder ihre mangelhafte Bildung noch die verweigernde Hilfe ihr etwas anhaben können. Sie gestaltet und verändert die Welt, in die sie geworfen ist, so, dass sie darin überleben kann.

Die Realitätsverweigerung findet auf anderer Seite statt. Es ist die Erwachsenenwelt um sie herum, die sich nicht verantwortlich für das Kind fühlt. Besonders deutlich wird dies in der wohl anrührendsten Episode des Pippi-Universums. Sie spielt am Weihnachtsabend. Pippi muss das Fest ganz allein gestalten, was sie mit großer Emsigkeit auch tut. Sie behängt beispielsweise einen Baum in ihrem Garten mit Geschenken für alle Kinder aus der kleinen Stadt, in der sie lebt. Dann wird es still. Die Kinder sind bei ihren Familien und feiern dort das Weihnachtsfest. Pippi jedoch sieht aus dem Fenster in den Himmel. Sie denkt an ihre Mutter und führt ein Gespräch mit ihr. Sie denkt auch an ihren Vater, der weit weg in der Südsee ist, und dann überfällt sie auf einmal die Angst, dass vielleicht niemand zu ihr kommen könnte, um die Geschenke auszupacken. Ihre Befürchtung ist glücklicherweise unbegründet.

Der Aufwand, den Pippi betreiben muss, um die Einsamkeit zu überwinden, ist jedoch enorm. Sie schafft es allein, es gibt niemanden, der ihr hilft. Nicht, weil sie die Realität verweigert, sondern weil sie diese sehr genau kennt. Sie lässt sich bloß nicht von ihr entmutigen.

Als Astrid Lindgren 1978 der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen wurde, hielt sie eine Rede, die wohl zu den wichtigsten Texten der Schriftstellerin gehört. Unter dem Titel »Niemals Gewalt« plädierte sie für die gewaltfreie Erziehung als einen Schritt zu einer friedlicheren Welt. Sie verwies dabei eindrücklich auf die Tatsache, dass in keinem Menschen bei seiner Geburt die Saat der Gewalt angelegt ist, dass diese vielmehr häufig von eben jenen gepflanzt würde, die das Kind lieben sollten.¹

Zu dieser Rede wäre es beinahe nicht gekommen. Denn die Stiftung, die den Preis verleihen wollte, bat die Autorin, die vorab eingereichte Rede nicht zu halten. Sie sei zu provokativ. Zu dieser Zeit war sowohl in der schwedischen Heimat Lindgrens als auch in Deutschland und wohl auch im Rest der Welt das Prügeln von Kindern nicht nur erzieherischer Alltag, es war auch legal.

Lindgren ließ sich von der Aufforderung, den Preis bloß schweigend entgegenzunehmen, nicht beeindrucken. Sie bestand auf die Rede, ansonsten würde sie auf den Preis verzichten.

Ihre Worte hatten Wirkung. Nicht nur, dass sie in

der Frankfurter Paulskirche unter großem Beifall aufgenommen wurden, auch die Politik kam an der einmal ausgesprochenen Offensichtlichkeit nicht mehr vorbei. In Schweden löste sie eine Debatte um das Recht auf gewaltfreie Erziehung aus. 1979 wurde in dem skandinavischen Land als erstem auf der Welt das Schlagen von Kindern gesetzlich verboten. Andere Länder folgten diesem Beispiel, und auch Deutschland schaffte es schließlich im Jahr 2001, das Recht auf gewaltfreie Erziehung in Gesetzesform zu bringen.

Lindgren hatte es gewagt, einen moralischen Anspruch in einer Welt zu formulieren, deren Zeitgeist, wie sie es selbst erklärte, nach mehr Strenge, Disziplin und Härte gegenüber Kindern rief. In einer Welt, in der die gewalttätige Erziehung auch bittere Realität für die überwiegende Mehrheit der Kinder war. Die Idee der gewaltfreien Erziehung war nichts weiter als die Vorstellung einer Welt, wie sie ihr gefallen würde. Aber diese Vorstellung war so klar und richtig, dass sie zur Wirklichkeit werden konnte. Der Gedanke war so tragend, dass er sich erfüllte.

Aus diesem und vielen anderen Beispielen entsteht für mich die Frage, ob wir uns in einer sich rasant verändernden Welt das Zurücktreten von moralischen Ansprüchen und Ideen tatsächlich leisten können. Ob wir uns einschüchtern lassen sollten von den Versuchen, die Moral unter Verdacht zu stellen? Unter den Verdacht der Realitätsferne oder gar der Ideologie.

Die Verachtung der Moral ist nicht neu. Sie ist im-

mer wieder Motor reaktionärer und auch gewalttätiger Bewegungen. Sie ist aber auch Teil der Überlegenheitsbehauptung derjenigen, die mit zynischem Schulterzucken andeuten wollen, dass sie sich keine Illusionen mehr machen: *Es ist, wie es ist. Finde dich damit ab.* Oder auch Teil derer, die unter dem Deckmantel des Realismus ihre Privilegien verteidigen.

Warum sollten wir uns dem ergeben? Wer moralische Ansprüche daran misst, ob sie bereits Wirklichkeit sind, verkennet die Kraft dieser Ideen und auch das Potenzial unserer Fantasie. Wir haben die Möglichkeit, die Welt mit unseren Gedanken zu verändern. Nichts war einfach, wie es war. Nichts muss bleiben, wie es ist. Das macht Angst, aber darin liegt auch Hoffnung.

2. Mai 2025

Der Verfassungsschutz stuft die AfD bundesweit als rechtsextrem ein. Captain Obvious flattert mit wehendem Mantel durch die Republik. Get the fuck up again, Rocky. Go get 'em!

Dieser Essay ist ein Versuch. Ein Versuch zu verstehen, welche Welt uns droht abhanden zu kommen. Was genau wir drohen zu verlieren. Wann wir begonnen haben, es uns nehmen zu lassen. Oder haben wir es hergegeben?

Anfangen

3. Januar 2025

Es ist, als würde man an einem Schießstand auf dem Rummel stehen. Man nimmt das Gewehr, und das Ziel ist nur zwei Meter entfernt, da gleich über dem Tresen. Ich atme dreimal ein und aus, bevor ich die Luft anhalte. Ich bringe Kimme und Korn auf die Linie, über die ich die Hasen nun gleichmäßig laufen lasse. Der Schuss. Ich bin mir sicher, ich müsste getroffen haben. Ich bin eine gute Schützin. Schon immer. Aber der Lauf der Waffe ist schief. So gut kann keiner zielen, als dass er mit dieser Flinte treffen könnte. In der Nacht laufen die Hasen hinter meinen geschlossenen Lidern weiter, wie über eine Leinwand. Im Hintergrund rattert der Projektor. »Schieß«, sagt einer, »schieß doch endlich!« Ich halte im Schlaf die Luft an.

Ich bin nicht gläubig. Dennoch gehe ich jedes Jahr an Weihnachten in die Kirche. Damit habe ich schon in meinen Teenagerjahren begonnen. Während sich die heimische Weihnachtsfeier an der MDR-Sendung »Weihnachten in Familie« ausrichtete, in der der einstige Schlagerkönig der DDR, Frank Schöbel, eine familiengerechte Weihnachtsshow bereitete, stapfte ich

vor Festmahl und Bescherung in den Nachmittagsgottesdienst einer der großen Kirchen meiner Heimatstadt, um der Weihnachtsgeschichte zu lauschen.

Bis heute rührt mich die Vorstellung, dass sich Menschen ungefähr zur gleichen Zeit überall auf der Welt seit bald zweitausend Jahren die immer gleiche Geschichte erzählen, um einen kollektiven Moment der Hoffnung zu erleben. Das ist natürlich kitschig und blendet nicht nur die Tatsache aus, dass das Weihnachtsfest lediglich für einen Teil der Menschheit diese Bedeutung hat. Diese eingeschränkte Sicht auf den christlichen Mythos lässt auch außer Acht, dass viele Menschen durch all das Leid, das im Namen der Religion verübt wurde, in ihr wohl eher kein Symbol der Hoffnung sehen.

All das wissend, ist das Erzählen der Weihnachtsgeschichte für mich dennoch im Jahresverlauf der einzige zuverlässige Moment des Innehaltens – nicht in Einsamkeit, sondern in Gemeinschaft. Das liegt nicht nur an der jährlichen Wiederholung, es liegt vor allem an den Liedern, die während eines Gottesdienstes gesungen werden. Es sind die vertrauten Melodien, besonders aber zwei Zeilen, die mich jedes Mal derart ins Mark treffen, als hörte ich sie zum ersten Mal.

In »Stille Nacht« ist es das kurze »alles schläft« und im »O du fröhliche«, das beim Auszug aus der Kirche gesungen wird und zu den Festlichkeiten überleitet, das »Welt ging verloren«, in dem ihr Abgrund mitschwingt.

Alles schläft. Welt ging verloren.

Kaum etwas könnte die Veränderung, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, besser beschreiben.

Welt ging verloren.

Ich kann mich nicht dagegen wehren zu weinen. Auch im letzten Jahr nicht. Und das, obwohl der Gottesdienst so absurd schlecht war, dass meine Kinder und ich uns kaum anschauen konnten, um nicht in Lachen auszubrechen. Auf eine lieblose Predigt, deren einziger Inhalt die Verkündung war, dass Jesus unter armen Leuten und nicht unter Königen geboren wurde, folgte eine Fürbitte für wahllos zusammengestellte Benachteiligte: Einsame, Kranke, Obdachlose und Syrer. Wer weiß, vielleicht waren in der nächsten Runde dann die Ukrainer dran. Nach dem Vaterunser wird vermeldet, dass gleich der nächste Gottesdienst beginnen würde, weshalb die Gemeinde bitte zur Hintertür hinausschreiten möge, um alles schneller über die Bühne zu bringen.

Die Pastorin hatte wirklich allen Weihnachtszauber verfliegen lassen, doch als die Orgel in das »O du fröhliche« stolperte, spürte ich die Tränen in meinen Augen aufsteigen. Peinlich berührt, drehten sich meine Kinder weg. Sie kennen das schon. Mir ist an Weihnachten nicht zu helfen.

Alles schläft. Welt ging verloren.

So ist es. Jedes Jahr wird es wahrer.

Inzwischen ist es schwer zu sagen, wann es angefangen hat, dass Zukunft nicht mehr gleichbedeutend mit vorne, höher, weiter und besser war. Dass aus Wünschen auf Verbesserung, Ahnungen von Stillstand und schließlich die Angst vor Rückschritt wurde. War die Pandemie der Ausgangspunkt? Der Kriegsausbruch in der Ukraine? Oder doch schon die Finanzkrise? Der 11. September?

Wann wurde das Udenkbare möglich, dass ausgerechnet im Deutschen Bundestag einmal wieder Mehrheiten mit Rechtsextremisten hergestellt wurden? Hat das etwas verändert? Oder geht einfach alles weiter wie bisher? Ist Moral ein Adjektiv oder ein Verb?

Ich weiß: Besser wird's nicht. Besser wird es nicht mehr werden. Dieses Gefühl treibt mich um. Warum zucken wir so oft nur noch zynisch mit den Schultern? Warum sagen wir, lass uns nicht über Politik reden, wir wollen doch einen schönen Abend haben? Warum haben wir Angst, dass der Streit zu grundsätzlich werden könnte, weil die Gemeinsamkeit der Werte nicht mehr selbstverständlich ist? Stehen wir noch auf dem gleichen Grund? Wissen wir noch, wo oben und unten, hinten und vorn ist?

Die Welt ging verloren.

Warum und wohin?

Ich will verstehen und bin auch auf der Suche nach Hoffnung. Nach einem Gedanken, der tragen könnte.

Einer Perspektive auf die sich immer schneller verändernde Welt, die sie einen Moment lang anhält und die mich nicht mehr nur zu einer ängstlichen Zuschauerin macht, sondern mir das Gefühl gibt, ein Teil von ihr zu sein.

Ich öffne den Verschluss und lasse eine Kugel in den Lauf rollen. Mit schiefem Waffenlauf und ungeeichtem Korn will ich auf die Hasen schießen, während ein Betrunkener mich von der Seite anrumpelt. Ich setze meinen linken Ellenbogen auf die Ablage und lege die Waffe in meine Hand. Ihr Schaft ruht in meiner rechten Schulter. Mit dem Finger am Abzug atme ich dreimal tief ein. Warte.

Eins

12. Februar 2025

Die Koalitionsverhandlungen zwischen der ÖVP und der FPÖ, an deren Ende der Rechtsextremist Herbert Kickl Kanzler der Alpenrepublik werden sollte, sind gescheitert. Kraft schöpfen aus der Unfähigkeit der manchmal übermächtig wirkenden Gegner.

»Es fällt mir schwer, hier heute zu sprechen. Die Rede, die ich eigentlich für diesen Tag geschrieben habe, musste ich verwerfen. Und ich bitte um Nachsicht, dass manche Sätze ungeschliffen, manche Worte zu grob gewählt sein könnten. Mir geht die Poesie abhanden, angesichts dessen, was in der letzten Nacht geschehen ist.«

So begann ich die Festrede am 6. November 2024 bei der Preisverleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie. Dort wurden Initiativen ausgezeichnet, die sich in dem Bundesland, das seit Jahrzehnten als Hort des Rechtsextremismus gilt, für die Demokratie stark machen.

Die Rede, die ich für diesen Anlass bereits geschrieben hatte, habe ich am Morgen in die Ablage gescho-

ben, denn in der Nacht hatte sich alles verändert. Auch wenn das Ergebnis der amerikanischen Präsidentschaftswahl nicht gänzlich überraschend kam, es gibt doch immer einen Unterschied zwischen einer beängstigenden Möglichkeit und der erschlagenden Heftigkeit der Realität: Donald Trump war nun zum zweiten Mal von den US-Amerikanern zu ihrem Präsidenten gewählt worden.

Früh am Morgen hatte ich mich an den Schreibtisch gesetzt und bis zu meiner Abreise nach Dresden alles neu geschrieben. Was sollte man nun noch sagen? Wie sollte ich den Schock in Worte fassen? Wie könnte ich Zuversicht und Hoffnung vermitteln? Was äußern, sodass es den Preisträgerinnen und Preisträgern gerecht würde, die besonders deshalb gewürdigt wurden, weil sie dort, wo nur wenige Menschen sich engagieren, mit einem hohen Maß an Idealismus aktiv sind?

Die Geschichte der Gewinner des Hauptpreises, die Initiative »Bunte Perlen Waldheim«, steht symbolhaft für das, was das zivilgesellschaftliche Engagement in Ostdeutschland ausmacht. In Waldheim, einer Kleinstadt mit etwa 9000 Einwohnern, mittig gelegen zwischen Dresden, Leipzig und Chemnitz, gibt es wie in vielen ostdeutschen Städten auch im Jahr 2024 wöchentlich noch sogenannte »Montagsdemonstrationen« oder »Montagsspaziergänge«. Zu diesen rufen als besorgte Bürger getarnte rechtsextreme Akteure auf und untermalen ihre Wut auf »die da oben« mit dem, was inzwischen zur Folklore der neuen Rechten

gehört: Russlandfahnen neben Deutschlandfahnen, Bekenntnissen zum Reichsbürgertum und jede Menge Hass auf Links und Grüne, Flaggen von auf hellblauem Grund flatternden Friedenstauben.

In Sachsen gibt es neben einer sehr radikalen AfD inzwischen auch eine Reichsbürgerpartei, die Freien Sachsen, die es bei den Kommunalwahlen 2024 überall dort in die Parlamente geschafft hat, wo sie angetreten ist. Zwar stehen die Freien Sachsen auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD, jedoch stört das vor Ort niemanden mehr. Man kennt sich, man arbeitet zusammen, nicht heimlich, sondern ganz öffentlich. In den ländlichen Regionen Sachsens hat die AfD es längst aufgegeben, ihr bürgerliches Image zu pflegen. Das gemeinsame Hauptziel, die Zivilgesellschaft zum Schweigen zu bringen, indem man sie verängstigt, schweißt zusammen.

Im Sommer 2024 tauchen beim CSD in Bautzen 700 Neonazis auf und skandieren lauthals ihren Hass gegen die fröhliche Demonstration. Das machte bundesweit Schlagzeilen. Angeführt wurde der Gegenprotest von den Freien Sachsen. Aber auch AfD-Politiker zeigten sich offen auf der Gegendemo. Einer von ihnen filmte die CSD-Teilnehmer systematisch ab. Als der bunte Demonstrationzug durch die Fußgängerzone geleitet wird, sitzt dort auch die verrentete, gutbürgerliche Mitte der Stadt bei Eisbecher und Kuchen und deutet mit Gesten an, dass sie den Demonstrierenden gern die Kehle durchschneiden würde. »Ihr gehört alle weggesperrt«, zischen sie. Wenige Tage zuvor wa-

ren in Bautzen Jugendliche vor ihrem selbstverwalteten Jugendclub »Kurti« zusammengeschlagen worden.

Die Vorfälle häufen sich, überall. Nicht nur im Osten, aber dort sind sie besonders brutal. Sie richten sich gegen alle, die sich für eine offene Gesellschaft einsetzen. In der Mehrheit wännen sich die Rechts-extremen ohnehin. In den öffentlich zugänglichen Telegramchats, in denen seit der Corona-Pandemie sogenannte »Montagsspaziergänge« organisiert werden, schwadronieren die Teilnehmenden auch schon mal selbstbewusst von einer Zukunft, in der man die Verantwortlichen aus Berlin, aber auch demokratische Akteure vor Ort, einmal für alles »zur Verantwortung« ziehen würde, beispielsweise, wenn in einem Stadtparlament der Bau neuer Windkrafträder beschlossen wurde. Manche Gewerbetreibende in Städten wie Bautzen und Görlitz schicken ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an diesen Montagen früher nach Hause, damit sie nicht in die Demos geraten.

Im Januar 2024 beschließt eine Handvoll Waldheimerinnen, dass sie dem braunen Treiben etwas entgegensetzen wollen. Es ist jedoch gar nicht so leicht, eine Initiative zu gründen. Denn die Gemeinde ist nicht bereit, dafür Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Einen Jugendclub oder ein Kulturheim gibt es ohnehin nicht mehr. Also geht man in den Nachbarort und schafft es auf Anhieb, beinahe zwanzig Menschen für das Anliegen zu begeistern.

Es dürfte eigentlich kein Problem sein, den Rechts-extremen durch die nächste Demo einen Strich zu

machen, denn bisher fanden all diese »Spaziergänge« ohne vorherige Anmeldung statt. Warum die Stadt das geduldet hat, ist unklar. Vielleicht aus Sympathie oder weil es eine Demo, die nicht angemeldet ist, zumindest offiziell gar nicht gibt.

Eigentlich hätte die frisch gegründete Initiative »Bunte Perlen Waldheim« ihre Demonstration nur anmelden müssen, um die Rechtsextremen zum Ausweichen zu zwingen. Aber die Stadt war damit nicht einverstanden. Man bat die Initiative, einen anderen Ort zu wählen. Es könnte schließlich sein, dass auch die Rechten eine Demo anmelden wollen. Es hörte sich so an, als hätten die in Waldheim Vorrang.

Doch die Initiative blieb standhaft und setzte sich durch. Auch wenn sie deutlich kleiner war als die Gruppe der Rechtsextremen, die, angestachelt durch den Gegenprotest, auch noch einmal kräftig mobilisieren konnten. Sie zwangen die Rechtsextremen dazu, sich ebenfalls anzumelden. So ist dann zumindest auch offiziell dokumentiert, dass Rechtsextreme regelmäßig in der Stadt demonstrieren. Auch das ist wichtig.

Die Stadt reagierte mit so empfundenen Einschüchterungsversuchen, indem man den »Bunten Perlen« die Extremisten direkt vor die Nase setzte, und sie somit als mögliche Ziele markierte. Aber die couragierten Demokratinnen und Demokraten ignorierten dies mutig und fanden immer neue, kreative Formen, mehr Bürgerinnen und Bürger von sich und einem friedlichen, lebensbejahenden Miteinander zu überzeugen.

Ich bewundere diese Menschen. In den letzten Jahren durfte ich viele von ihnen kennenlernen und gelegentlich unterstützen. Das hat mich auch mit meiner eigenen Herkunft aus Ostdeutschland versöhnt.

Der Rechtsextremismus, der Hass auf den Westen, die Queerfeindlichkeit und die Gewalt, die aus all dem resultierte, hatten mein Aufwachsen in den 90er- und 2000er-Jahren in Mecklenburg-Vorpommern geprägt. Dass sich so viele in Ostdeutschland damit abfanden, darüber schwiegen und im Zweifelsfall noch die als Nestbeschmutzer beschimpften, die etwas verändern wollten, hatte mich Mitte der 2000er-Jahre nach Berlin getrieben.

Ich wollte den spießigen Kleinstadtmief loswerden. Die Atmosphäre, in der alle über alles Bescheid wussten, sich aber niemand für etwas verantwortlich fühlte, was vor dem eigenen Gartenzaun stattfand. In dem lieber einmal zu viel weggeschaut wurde, als sich in fremde Angelegenheiten einzumischen, und in der jeder und jede, der und die anders war, als Bedrohung für die Gemeinschaft erlebt und von ihr so lang ausgeschlossen oder bekämpft wurde, bis sie sich fügten oder wegliefen.

Die ostdeutsche Provinz kann eine Kleinbürgerhölle sein, wie es sie vielerorts gibt. Nur hat sie eben eine sehr spezielle Geschichte, vor und nach der friedlichen Revolution, die bis heute dafür sorgt, dass auf den Schaubildern nach Wahlen die Grenze der ehemaligen DDR erscheint.

Diejenigen, die sich dem trotzig entgegenstellen,

stimmen mich immer wieder hoffnungsvoll. Demokratisches Engagement in Ostdeutschland wird mit jedem neuen Umfrage- und Wahlrekord der AfD gefährlicher. Zahlreiche verbale und auch tätliche Übergriffe während der zurückliegenden Wahlkämpfe legen darüber Zeugnis ab. Am eindrücklichsten war sicher der Überfall auf den SPD-Politiker Matthias Ecke in Dresden, bei dem ihm vier Jugendliche das Jochbein gebrochen haben, als er Wahlkampfplakate aufhängte. Für den juristischen Beistand einer der mutmaßlichen Täter werden auch im Telegram-Chat der Waldheimer Montagsdemonstranten Spenden gesammelt.

Demokratische Aktivistinnen und Aktivisten sind in Ostdeutschland außerhalb der Großstädte in der Minderheit. Aber es gibt sie, und man kommt an ihnen nicht mehr einfach vorbei: von Fridays for Future über Queers, die CSD-Paraden organisieren, und die OMAS GEGEN RECHTS.

Es kann schon sein, dass aus der schweigenden Mehrheit in Ostdeutschland längst eine zustimmende geworden ist, aber unwidersprochen bleibt das, was harte Rechtsextreme tun, nicht mehr. Das Problem wird von diesen Aktiven nicht nach Berlin delegiert, an »die da oben«, nicht dem fiesen Westen in die Schuhe geschoben, sondern immer wieder, immer neu und immer mutig vor Ort angegangen.

Dennoch fiel es mir schwer vor diesen Menschen an diesem Tag in Dresden, die sich nicht entmutigen las-

sen, in meiner Rede zuversichtlich zu bleiben. Also entschied ich mich dagegen. Es gab keinen Grund zu Optimismus. Keinen Anlass für ein einfaches »Weiter so« oder »Das wird schon«. Und ich ahnte, dass auch die Leute, vor denen ich sprach, genug von den aufgesetzten »Bravo, nur weiter so!«-Parolen hatten. Und genug von der Schönfärberei. Sie wissen, dass es bei ihnen längst fünf nach zwölf ist. Aber, und das ist nicht Nichts, sie haben einen *Optimismus des Trotzdem* entwickelt: Es ist schlimm. Die Lage ist ernst. Besonders in Ostdeutschland. Aber, das war an diesem 6. November mit der Trump-Wahl schon zu ahnen, auch im Rest der Welt. Dennoch beweisen all jene, die sich den demokratiefeindlichen Bestrebungen entgegensetzen, dass es schlimmer sein könnte. Ohne sie wäre es schlimmer. Denn wenn es auch nur ein Mensch schafft zu widersprechen, dann ist die Möglichkeit da. Dann könnte alles auch anders sein.

In Sachsen hatte wenige Wochen zuvor die CDU mit 31,9 Prozent der Stimmen denkbar knapp die Landtagswahlen gewonnen. Die rechtsextreme AfD war ihr mit 30,6 Prozent dicht auf den Fersen. Auch wenn sie ihr Wahlziel, Michael Kretschmer abzulösen, noch knapp verfehlt hatte, setzte dieses Ergebnis den Amtsinhaber mächtig unter Druck. Die Mehrheit der sechzig Wahlkreise im Freistaat war an die Rechtsextremen gegangen, und auch das beste Erststimmenergebnis hatte mit fast 50 Prozent der Stimmen ein AfD-Kandidat bekommen.¹ In Sachsen ist der Rechtsextremismus außerhalb der großen Städte vie-

lerorts längst zur bestimmenden Mainstreamkultur geworden.

Das ist vor allem für diejenigen eine ernsthafte Bedrohung, die entweder nicht ins rechtsextreme Weltbild passen oder sich den Umtrieben der neuen Rechten in den Weg stellen. Menschen, wie sie an diesem Abend ausgezeichnet werden sollten. Denn auch, wenn es inzwischen zur stehenden Wendung gehört, dass die AfD die neue Volkspartei im Osten sei, also die Kümmerer, die Ossi-Versteher schlechthin, wie es früher einmal die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) gewesen ist, so ist diese Partei noch längst keine gewöhnliche Partei. Der Wechsel in der Wählergunst ist nicht gleichbedeutend mit dem Rotieren der Macht zwischen SPD und CDU. Der Extremismus duldet keine Konkurrenz, er sieht sich nicht im Wettstreit der besten politischen Ideen. Er will die einzige Idee sein und seine Gegner nicht besiegen, er will sie vernichten.

Die auf die Wahlen folgenden Sondierungen liefen, wie erahnt, schwierig. Michael Kretschmer hatte seinen Wahlkampf vor allem auf Kosten seiner Koalitionspartner geführt. Seinem Wahlvolk hatte er nicht nur versprochen, nicht mit der AfD zu koalieren, er hatte dazu auch angekündigt, kein weiteres Bündnis mit den Grünen anzustreben.

Nun blieb ihm lediglich eine ungewöhnliche Option. Er musste gemeinsam mit der SPD und dem neu gegründeten Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) in Gespräche eintreten. Dass dies überhaupt möglich war,

verdankte er vor allem Sahra Wagenknecht. Lange Jahre war sie nicht nur eine Ikone der Linken, sondern als Teil des kommunistischen Flügels der Partei auch der fortwährende Grund für die Union, jede Zusammenarbeit zu verweigern. Im Zuge eines vor Jahren herbeigeführten Unvereinbarkeitsbeschlusses mit der rechtsextremen AfD, hatte man sich in der konservativen CDU darauf verständigt, dass dieser Beschluss gleichermaßen für die Linkspartei gelten würde.

Ein Jahr vor den Landtagswahlen im Osten hatte sich Sahra Wagenknecht jedoch von ihren Genossen getrennt und eine neue, ganz auf sie zugeschnittene Partei gegründet. Nachfragen, warum der Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Linken ohne Sahra Wagenknecht Bestand hätte, eine Vereinbarkeit mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht in der CDU aber noch nicht einmal diskutiert würde, wick man in der Union lieber aus. Denn die Erfolge des BSW bei der Europawahl ließen erahnen, dass Sahra Wagenknecht den CDU-Landesverbänden im Osten aus der Patsche helfen könnte, wenn sie eine Mehrheit gegen die AfD möglich machen.

Auf meiner Fahrt nach Dresden hatte ich am Nachmittag im Radio gehört, dass die Gespräche mit dem BSW gescheitert waren. Eine Brombeer-Koalition würde es nicht geben. Tags zuvor schon hatte sich Ministerpräsident Kretschmer von der AfD empfangen lassen. Das führte einmal mehr zu Kritik aus der Zivilgesellschaft und den linken Parteien. Denn am selben Tag war in Sachsen eine rechtsextreme Terrorzelle

ausgehoben worden. Die Sächsischen Separatisten hatten einen nationalsozialistischen Umsturz geplant und Waffen gehortet. In einer abgelegenen Ruine im Wald hatten sie sich bereits auf einen Häuserkampf vorbereitet. Mehrere ihrer Mitverschwörer waren Mitglieder in der Jugendorganisation der AfD, der Jungen Alternative. Andere saßen für die AfD in Stadträten oder waren Mitarbeiter von Landtagsabgeordneten der Partei.

Nicht zum ersten Mal wurde die Verbindung zwischen der AfD und dem gewaltbereiten Rechtsextremismus deutlich. Schon im März 2024 offenbarte eine Recherche des Bayerischen Rundfunks, dass allein die Bundestagsfraktion über 100 Mitarbeiter aus dem rechtsextremen Milieu beschäftigte.² Seit dem Einzug der AfD in den Bundestag gehen Rechtsextremisten im Reichstagsgebäude ein und aus. Sie haben Hausausweise und ein festes Gehalt.

Auch Mandatsträger fallen immer wieder damit auf, dass sie weder die Hausordnung des Bundestags achten noch die parlamentarische Demokratie. Die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann schleuste mithilfe ihres Hausausweises, der ihr auch nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag zustand, eine Gruppe von Reichsbürgern durch das Gebäude und versorgte sie mit Informationen. Gemeinsam mit ihnen plante sie einen gewaltsamen Umsturz und die Errichtung eines deutschen nationalen Königreichs. Seit 2022 sitzt sie deshalb in Untersuchungshaft. Der Prozess gegen sie und ihre

Mitverschwörer, die neben dem gewaltsamen Umsturz auch die Ermordung zahlreicher Politikerinnen und Politiker geplant hatten, ist so kompliziert und umfangreich, dass er sich voraussichtlich noch bis ins Jahr 2026 ziehen wird.

Ein AfD-Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg hortete in seinem Abgeordnetenbüro Munition und darf den Landtag nur noch betreten, wenn er vorher durchsucht wurde. In einer Shisha-Bar hatte er Gäste mit einer seiner zahlreichen Waffen bedroht.³

Inzwischen füllen sich in Buchhandlungen und Bibliotheken die Regalmeter, die kenntnisreich und detailliert vor einer Verharmlosung der Rechtsextremen warnen: So etwas wie die AfD hat es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem damit verbundenen Ende des Staatsfaschismus in Deutschland nicht mehr gegeben. Sie ist zwar nicht die erste rechtsextreme Partei, und auch in demokratischen Parteien haben es immer mal wieder alte und neue Nazis zu erstaunlichen Karrieren geschafft, aber ihr Erfolg ist in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellos. Und im Vergleich mit anderen Extremisten in Europa kam dieser Erfolg nicht etwa mit der Mäßigung der eigenen Positionen. Die AfD wurde umso erfolgreicher, je extremer sie auftrat, und es ist ihr schon mehrfach gelungen, die Annahme, sie habe ihr Wählerpotenzial längst ausgeschöpft, zu widerlegen.

Der gesellschaftliche Konsens verbietet die historische Gleichsetzung der Blau-Braunen mit Adolf Hitlers NSDAP. Die reflexhafte Abwehr historischer Paralle-

len jedoch blockiert auch eine klare Sicht auf das, was sich seit dem Einzug der AfD in die Parlamente 2014 vollzogen hat. Eine rechtsextreme Partei höhlt gezielt die Demokratie mit ihren eigenen Mitteln aus. Ironischerweise wird all dies vom Steuerzahler finanziert. In den ersten zehn Jahren ihrer parlamentarischen Tätigkeit hat die AfD etwa 250 Millionen Euro aus der Staatskasse erhalten.⁴ Zumindest Anteile dieser Gelder gingen auch in die Finanzierung der gewaltbereiten Neonazi-Szene, zum Beispiel in Form von Gehältern, Bürofinanzierung und Honoraren. Die rechtsextreme Szene wächst seitdem beständig an und erfreut sich nicht mehr nur in Ostdeutschland über diese zuverlässige Einnahmequelle. Rechtsextremismus, das ist seit dem Aufstieg der AfD keine Jugendsünde mehr, keine schiefe Bahn, kein schwer zu tilgender Makel im Lebenslauf. Rechtsextremismus ist ein staatlich finanzierter Berufsweg.

Als ich nach der Rede zu meinem Auto ging, schaltete ich mein Smartphone ein. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte Finanzminister Christian Linder aus der Regierung geschmissen. Die Ampel-Koalition war platzt.

Viele von uns erinnern sich an diesen Tag. Als Donald Trump erneut Präsident wurde und die Ampel-Koalition platzte. Allen war klar, heute verschiebt sich etwas, und immer noch weiß niemand, wie das ausgeht. Ich erinnere mich an die Erschütterung in mir, als ich am Morgen die News aus den USA las. Daran,

wie mir beim Schreiben der Rede immer wieder die Tränen kamen und ich befürchtete, ich könnte auch am Abend die Contenance verlieren. Aber ich erinnere mich auch an all die Herzlichkeit, das Beieinandersein und die Gewissheit, zwischen Menschen zu sein, die noch lange nicht aufgaben. Und daran, dass dieses Gemeinschaftsgefühl so schön war, dass wir nicht einmal die Handys einschalteten.

30. Januar 2025

Besuch im Bundestag. Heute wurde endlich der Antrag von Marco Wanderwitz auf Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD diskutiert. Dass er keine Mehrheit bekommen würde, war vorher bereits klar. Die Stimmung im Bundestag irritiert. Gestern war die Abstimmung über Merz' Fünf-Punkte-Plan gemeinsam mit der AfD. Bernd Baumann hat siegestrunken den Beginn einer neuen Epoche ausgerufen und sich über die selbst verschuldete Erschütterung in der Unionsfraktion lustig gemacht.

Heute läuft der Betrieb unbeirrt weiter. Keine Handys auf den Besuchertribünen. Das Rotieren der Besuchergruppen im Zweistundentakt. Auf den Balkonen, die über dem Plenarsaal schweben, hat man sich ruhig zu verhalten. Kein Klatschen, kein Jubel oder sonst irgendein Bekunden zu dem Geschehen unter einem sind zugelassen. Als Bürgerin, die von diesem Parlament vertreten wird, fühle ich mich wie ein Fremdkörper. Die Distanz zu den Parlamentariern ist so groß, ich kann kaum ihre Gesichter erkennen. Trotzdem bilde ich mir ein, vielleicht wünsche

ich es mir auch bloß, dass Trauer über dem Plenarsaal hängt.

Bevor die Sitzung losgeht, trinke ich mit Marco einen Kaffee in seinem Büro. Wir sprechen über gestern, den Tabubruch, und über die anstehenden Wahlen. Was ist da passiert? Was kommt auf uns zu? Alles ist schlimmer als vorausgesehen. Vor Jahren haben wir uns zum ersten Mal getroffen. Im lauten Literaturhaus in der Fasanenstraße hatte ich manchmal Mühe, sein breites Sächsisch zu verstehen. Damals war ich guter Dinge: Wenn es auch in der CDU Leute gibt, die sehen, was passiert, dann lässt sich der Rechtsruck vielleicht noch aufhalten! Man müsste nun strategisch vorgehen. Sorgfältig vorbereiten und Mitstreiter werben. Dieses leichte Hochgefühl, das sich immer dann einstellt, wenn man sich verstanden fühlt, es hat nicht gehalten, was es mir bei dieser ersten Begegnung versprochen hat.

Doch die heutige Sitzung glich nur noch einem Stück, das man wegen Vertragsvereinbarungen noch nicht aus dem Spielplan nehmen konnte.

Die Umfragen sehen die AfD seit Wochen bei 20 Prozent, und die Gegner des Antrags sprechen wie immer davon, dass man die Faschisten politisch bekämpfen müsse. Ich glaube, es geht am Ende aber um Eitelkeit. Sowohl Scholz als auch Merz empfinden es persönlich als Kränkung, dass sie den Dumpfbacken unterlegen sind. Eine breite Unterstützung des Antrags aus ihren Fraktionen empfänden sie als Niederlage. Diese großen Egos, die beide daran krankten, dass sie glauben, es immer besser zu wissen, riskieren im Vorbeigehen die Zerstörung der

Demokratie. Ihr Antifaschismus ist Parteitagefolklore. Ihre Gegnerschaft zu den Rechtsaußen vor allem Rhetorik. Sie sind so weit entfernt von der Realität des Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen, davon, was das für den Alltag dort heute schon bedeutet, dass sie noch immer der AfD nicht einmal die Ehre erweisen wollen, sie als tatsächliche Feinde der Demokratie anzuerkennen, indem sie den Kampf gegen sie ernsthaft führen. Merz, der mit seinen Umfragen noch immer unter dem schlechtesten Merkel-Ergebnis herumdümpelt, hat es gestern deutlich gemacht – für ihn sind die Faschisten durchaus ein Mittel für Machtpolitik gegen die Grünen und die SPD, der letzte Versuch, bei der Wahl über 33 Prozent zu kommen.

Der Erfolg der AfD steht nicht allein in einer ansonsten intakten politischen Landschaft. Der Zeitgeist in Deutschland hat sich nach rechts verschoben.

Bei den Wahlen 2021 konnte das linke Lager aus SPD, Grünen und Die Linke noch insgesamt 45,3 Prozent der Stimmen gewinnen, und eine FDP, die auch mit Themen wie Digitalisierung, Legalisierung von Cannabis und Liberalisierung von Lebensentwürfen Wahlkampf gemacht hatte, kam zusätzlich auf 11,4 Prozent. Eine satte Mehrheit der Wählerinnen und Wähler entschied sich also für progressive Politikangebote, die sich nach sechzehn Jahren der konservativen Dominanz eindeutig für einen Wandel in der politischen Kultur aussprachen.

Zu diesem Ergebnis kam es auch, weil unter ande-

rem durch die sehr erfolgreiche Fridays-for-Future-Bewegung in der Bevölkerung das Bewusstsein für die Bedrohung durch den Klimawandel und die Folgen der jahrzehntelangen Stillstandspolitik gestiegen ist. Den jugendlichen Aktivistinnen und Aktivisten war es gelungen, ihren Protest aus der eigenen Peergroup in die breite Bevölkerung zu tragen. Aus den anfänglichen Schülerprotesten wurde eine Massenbewegung, die sich mit der Wissenschaft und anderen politischen Akteuren vernetzte und der es in der westlichen Welt gelang, sogar Gehör bei den führenden Vertreterinnen und Vertretern der Politik zu finden. Diese ließen sich nun gern mit Aktivistinnen wie Greta Thunberg und Luisa Neubauer fotografieren, und sie bemühten sich, den Eindruck zu erwecken, dass sie die Ernsthaftigkeit des Problems erkannt hatten.

Das Thema Generationengerechtigkeit, das bisher vor allem in Zusammenhang mit Staatsverschuldung und Rentenpolitik Erwähnung fand, wurde ganz neu diskutiert. In Deutschland bestätigte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021⁵ die Forderungen der Klimaschutzbewegung, indem es sowohl die bisherigen als auch die geplanten politischen Maßnahmen zum Klimaschutz für unzureichend erklärte. Das Gericht begründete dies vor allem mit der Verpflichtung zum Schutz der Freiheitsrechte über die Generationengrenzen hinweg. Es erklärte also, dass durch mangelhafte Klimaschutzmaßnahmen schon jetzt zukünftige Generationen in ihrer Freiheit eingeschränkt wären.

Man könnte sagen, der politische Zeitgeist der ausgehenden 10er- und beginnenden 20er-Jahre des 21. Jahrhunderts war bestimmt durch die Einsicht, dass man nicht hinter die eigene Erkenntnis zurücktreten kann. Zwar ist die Klage über politisches Denken, das nicht über die Legislaturperiode hinausgeht, vermutlich so alt wie die Demokratie selbst, der Klimabewegung war es jedoch gelungen, dieses Denken durch das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gerichtlich zu untersagen und damit vor allem auch einen moralischen Anspruch zur politischen Realität zu erheben.

Dieser Anspruch ist kein geringerer als die Überzeugung von der Gleichwertigkeit aller Menschen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts verweist auf die Gleichheit der Generationen, auch derer, die noch gar nicht geboren sind. Es verweist aber auch auf die universelle Dimension politischen Handelns, indem das Bundesverfassungsgericht deutsche Politik als Teil internationaler, also globaler Politik, definiert und erklärt. Somit gibt es für Deutschland keine Möglichkeit, sich aus den internationalen Verpflichtungen zu lösen. Nicht einmal dann, wenn die Bedeutung Deutschlands an den klimaschädlichen Gesamtemissionen eine untergeordnete Rolle spielt oder andere Akteure sich nicht an ihre Verpflichtungen halten.

An der Notwendigkeit, sich dem Klimawandel entgegenzustellen, hat sich in den letzten vier Jahren nichts geändert. Im Gegenteil, inzwischen wird deut-

lich, dass sich die Erde noch schneller erwärmt, als vermutet. Dennoch zeigt das Wahlergebnis der zurückliegenden Bundestagswahl, dass es bei den Wählerinnen und Wählern zumindest einen Wechsel bei den Prioritäten gegeben hat.

Das Lager aus Linken, Grünen und SPD kam 2025 zusammen nur noch auf 36,7 Prozent. Die FDP schaffte es nicht einmal mehr über die 5-Prozent-Hürde.

Die Union bibberte jetzt nicht mehr vor den Klimakids und einem klimabewussten Zeitgeist, die zweitstärkste Kraft im Parlament ist mit 20,8 Prozent die AfD, die nun mit 152 Abgeordneten bereit ist, »nochmal zwei Gänge hochzuschalten« und die Konservativen »zu jagen«, wie Alice Weidel am Wahlabend breitbeinig verkündete.

Besonders deutlich fällt dieser gesellschaftliche Rechtsruck bei den jüngeren Wählergruppen auf. 2021 noch konnten die Rechtsextremen bei den 18- bis 24-Jährigen kaum punkten. Sie verloren 3 Prozentpunkte und kamen so nur auf 7 Prozent, während die Grünen 23 Prozent der Jungwählerinnen und -wähler von sich überzeugen konnten. Bei der diesjährigen Wahl war es genau andersrum. Die Grünen stürzten ab auf 10 Prozent, während die AfD mit 21 Prozent sogar knapp über ihrem bundesweiten Ergebnis lag. Auch wenn man berücksichtigt, dass die Schwankungen unter jungen Menschen größer sind, da die Parteienbindung wesentlich schwächer ausgeprägt ist, handelt es sich hier um eine bemerkenswerte Entwicklung. Besonders wenn man bedenkt, wie dia-

metral sich diese beiden Parteien zueinander verhalten.

All das verweist auch auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Moral. Das Selbstverständnis des Erinnerungsweltmeisters Deutschland fußte jahrzehntelang auf der Idee, die Bundesrepublik aus dem Geschichtsbewusstsein heraus konstituiert und weiterentwickelt zu haben, als Antithese zum nationalsozialistischen Terrorstaat.

Nun jedoch geht ein Fünftel des Wahlvolks offenbar d'accord mit der erinnerungspolitischen 180-Grad-Wende der Rechtsextremen, die sich dazu noch ganz offen an demokratiefeindlichen Akteuren wie Wladimir Putin und Donald Trump orientieren.

Schon im Wahlkampf war sichtbar, dass alle demokratischen Parteien sich an dieser Moralverschiebung abarbeiteten. Entweder, indem sie versuchten, wie etwa die CDU, den Forderungen der extremen Rechten entgegenzukommen oder indem sie sich wie die Linke ganz klar dagegen positionierten. Sie waren damit unterschiedlich, insgesamt jedoch wenig erfolgreich. Die AfD stand im November 2024, also in dem Moment, als die Ampelkoalition zerbrach, in Umfragen bei etwa 16 Prozent. Bis zur Wahl konnte sie sich also noch einmal deutlich steigern.

Die Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung, die manche Kommentatoren und politischen Akteure nun unterstellen, ist jedoch ein Irrtum. Ursächlich für die moralische Wende im deutschen Selbstverständnis sind bei Weitem nicht allein die wirtschaftliche Situ-

ation der Bundesrepublik oder gar die Fluchtbewegungen ins Land. Ursächlich ist auch eine Abkehr von moralischen Grundsätzen unserer Gesellschaft, die vielleicht von den Rechtsextremen vehement gefordert, die aber auch von den demokratischen Kräften massiv unterstützt wurde.

Zurzeit befindet sich auch Deutschland mental auf einem Weg in nationalistische und autoritäre Denkmuster. Dieser ist jedoch nicht vorgezeichnet. Es besteht jederzeit die Möglichkeit, ihn zu verlassen. Dafür braucht es jedoch einen neuen Konsens über das moralische Grundverständnis der Republik, hin zu dem, was unsere westlichen Demokratien einst begründet und stark gemacht hat: den Glauben an die universelle Würde aller Menschen.